

**Rede von Dr. Hermann Otto Solms
am 20. Januar 2011
im Plenum des Deutschen Bundestages
in der Debatte zur
Regierungserklärung von
Bundwirtschaftsminister Rainer Brüderle zum
Jahreswirtschaftsbericht 2011
„Deutschland im Aufschwung – den Wohlstand für morgen
sichern“**

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ganz schön, Herrn Gysi bei uns zu haben;

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Das finden wir auch!)

dann weiß man mal wieder, wie Klassenkampfreden aussehen:

(Beifall bei der FDP)

völliger Realitätsverlust, nur Negatives wird dargestellt, obwohl alle Daten positiv ausfallen,

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Eben nicht alle!)

und zwar positiv für alle. Alle können sich über die Entwicklung freuen. Kein Mensch sagt, dass alles Gold ist, aber die Entwicklung ist äußerst positiv,

weit über die Erwartungen von allen hier im Raume hinaus. Das muss man doch entsprechend bewerten.

Sie behaupten, die Hartz-IV-Empfänger, die Rentner, die Arbeitslosen und die Arbeitnehmer hätten alle nichts.

(Joachim Poß (SPD): Sie werden zusätzlich gequält!)

Das widerspricht total den Realitäten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben jetzt 2 Millionen Arbeitskräfte, die früher arbeitslos waren, und nun wieder in Arbeit und Brot gekommen sind. Das ist doch ein riesiger Fortschritt. Das Sozialste an dieser Entwicklung ist, dass die Menschen ihren Lebensunterhalt wieder durch eigene Arbeit finanzieren können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Aber genau das passiert nicht! Was ist mit den Aufstockern?)

Die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt ab, und zwar stärker als bisher. Die Jugendarbeitslosigkeit ist drastisch zurückgegangen. Die Erwerbstätigenquote steigt. Die Zahl der Vollzeit Arbeitsplätze steigt stärker als die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze. Das alles sind positive Entwicklungen. Die Nettolöhne, so das Statistische Bundesamt, steigen im Jahre 2010 stärker als in den letzten 17 Jahren.

(Jörg van Essen (FDP): 17 Jahre!)

Wenn das kein Fortschritt ist, dann frage ich mich, was Fortschritt sein soll.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Heute ist ein Tag der Freude für alle in der Gesellschaft, insbesondere für die Masse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es ist aber auch ein Tag der Freude für uns und für die Bundesregierung. Offenkundig hat sie nicht alles falsch gemacht. Sie hat beispielsweise nicht bei Opel oder Karstadt interveniert, obwohl andere sie dazu aufgefordert haben. Erinnern Sie sich an Holzmann: Staatsintervention durch Schröder. 200 Millionen Euro in den Wind geschrieben;

(Ernst Hinsken (CDU/CSU): Ja! Ja!)

denn die Firma ist trotzdem pleitegegangen. Wenn eine Firma keine Basis mehr hat, kann der Staat auch nicht mehr helfen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz sind Anfang des Jahres 24 Milliarden Euro freigesetzt worden. So wurde mit 24 Milliarden Euro dazu beigetragen, die Kaufkraft der Bürger zu stärken, insbesondere die der Familien und der kleinen und mittleren Unternehmen.

(Joachim Poß (SPD): Quatsch!)

Nun regen Sie sich doch nicht über die Hotels auf.

(Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch!
Darüber regen wir uns auf!)

Natürlich wäre es besser gewesen, die Umsatzsteuer für die Hotels in eine Gesamtumsatzsteuerreform einzubinden; das gebe ich zu. Nun ist es aber so gelaufen. Die Hotels haben die Mittel genutzt, um in großem Stil zu

investieren und zu erneuern. Außerdem sind im Tourismugewerbe in Deutschland etwa 2 Millionen Menschen beschäftigt. Deswegen war das wichtig, und deswegen hat das auch zum Aufschwung beigetragen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein ordnungspolitischer Sündenfall war das!)

Meine Damen und Herren, in Wirklichkeit ist dieser Aufschwung also ein Beschäftigungsaufschwung. Das ist das, was wir in erster Linie erreichen wollten, und dabei haben wir uns in Wahlkämpfen mit Versprechen gegenseitig überboten. Deswegen möchte ich daran erinnern: Es ist auch ein glücklicher Tag für die Oppositionsparteien SPD und Grüne. Natürlich ist es richtig, dass die Reformen, die damals durchgeführt worden sind - Hartz-IV-Reform, Arbeitsmarktreform und auch die Steuerreform 2000 -, einen positiven Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet haben. Wer wollte denn das aberkennen? Wir haben diesen Reformen seinerzeit doch auch zugestimmt.

(Jörg van Essen (FDP): So ist es!)

Das ist in doppelter Hinsicht glücklich für Sie. Sie können froh sein, dass Sie heute in der Opposition sitzen. Sonst müssten Sie nämlich Ihre absolut wachstums- und beschäftigungsfeindlichen Beschlüsse, die Sie in der Zwischenzeit gefasst haben, umsetzen. Dabei denke ich an den flächendeckenden Mindestlohn, an die Zurücknahme der Rente mit 67, an die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 49 Prozent, an die Wiedereinführung der Vermögensteuer und an die Abschaffung der Abgeltungsteuer, die Sie selbst gerade erst eingeführt haben. Das alles wäre natürlich Gift.

(Hubertus Heil (Peine) (SPD): Was?)

- Der Abgeltungssteuer. Das habe ich nachgelesen.

(Hubertus Heil (Peine) (SPD): Wo steht denn das?
Quelle!)

- In Ihren Beschlüssen vom September letzten Jahres. Wenn das nicht der Fall sein sollte, so kann man zumindest sagen, dass das andere längst reicht. Das wäre Gift für diese Entwicklung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie müssen sich damit und mit der Frage auseinandersetzen, wie Sie das Wachstum auf Dauer verfestigen können.

Deswegen sagen wir: Entscheidend ist eine klare Ordnungspolitik. Der Staat hat das zu tun, was seine Aufgabe ist. Er hat die Spielregeln festzulegen und die Durchsetzung der Spielregeln zu garantieren und zu überwachen. Dazu gehört beispielsweise auch eine effiziente Bankenaufsicht. Ich habe damals Herrn Eichel gesagt: Sie müssen die Bankenaufsicht in eine Hand geben. - Was hat er aber gemacht? Er hat die BaFin geschaffen. Dann haben sich die BaFin und die Bundesbank gegenseitig bekämpft. Die Bankenaufsicht hat die eigentlichen Probleme aber nicht erkannt. Deswegen muss dies jetzt nachgeholt werden: Wir brauchen eine klare und wirkungsvolle Regulierung der Finanzmärkte.

(Joachim Poß (SPD): Wo ist eigentlich Schäuble, der Verlierer dieser Tage?)

Wir brauchen aber keine Regeln in den Bereichen, in denen sie den Wettbewerb stören. Wir müssen uns durch Wettbewerb und

Ausleseverfahren auf den Märkten anpassungsfähig und zukunftsfähig machen; denn nur dann werden wir in dem zunehmend schwieriger werdenden weltweiten Wettbewerb bestehen können. Das ist keine europäische Frage, sondern das ist eine weltweite Frage.

Natürlich gilt auch hier: Die Finanzpolitik muss die Wirtschaftspolitik unterstützen und umgekehrt. Das haben wir auch gemacht. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz war mit einer Freigabe von Finanzmitteln für die Bürger verbunden. Das hat dazu beigetragen, dass sich die Wirtschaft positiv entwickelt. Dadurch steigen die Steuereinnahmen wieder, und dadurch wird das eine vernünftige Maßnahme.

Deswegen gilt auch jetzt: Wir sind dafür, dass die Haushalte konsolidiert werden. Wir haben schon in unserem Wahlprogramm zum Ausdruck gebracht, dass Steuerreform und Haushaltskonsolidierung Hand in Hand gehen müssen. Sie müssen zusammen durchgeführt werden.

Wir haben der Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung zugestimmt. Schon jetzt wollen wir den Fahrplan der Schuldenbremse konsequent erfüllen. Wir wollen zwischen 2011 und 2016 in gleichmäßigen Schritten die Neuverschuldung auf einen Restbestand von höchstens 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts abbauen.

Wenn sich aber auf dem Weg dorthin über die Erfüllung der Vorgaben durch die Schuldenbremse hinaus Spielräume ergeben, dann sollen sie nicht durch neue Staatsausgaben verschwendet werden, sondern dann müssen sie genutzt werden, um sie den Arbeitnehmern zu geben, die ja jetzt bei wachsenden Löhnen von der kalten Progression besonders betroffen sind.

Ich möchte gerade die Sozialdemokraten daran erinnern, dass sie in ihrem Wahlprogramm - ich habe es mitgebracht - genau das gefordert

haben, wie wir und wie die CDU/CSU auch, mit unterschiedlichen Formulierungen; aber es ist genau das Gleiche:

Wir wollen die Entlastungen daher auf die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sowie die Familien konzentrieren.

An anderer Stelle in diesem Programm sprechen Sie noch von einem Jahreseinkommen von etwa 53 000 Euro. Sie beziehen sich also genau auf den Bereich, auf den wir unsere Reformanstrengungen konzentrieren wollen. Da stimmen wir völlig überein.

(Rolf Hempelmann (SPD): Es ist schön, dass Sie bei uns so viel nachlesen!)

Wenn die Löhne nun stärker steigen, was mich freut, dann werden die Arbeitnehmer umso frustrierter sein, wenn sie feststellen, dass ein immer größerer Teil des zusätzlichen Einkommens wegbesteuert wird. Deswegen ist es zur Bekämpfung der kalten Progression und des Mittelstandsbauches zwingend notwendig, wenn sich Spielräume ergeben, diese zu nutzen, um hier zu Entlastungen zu kommen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zur Diskussion um die Währungspolitik und die Stabilisierung des Euro sagen. Die Frage ist doch nicht, ob wir europafreundlich sind oder nicht. Wir sind alle europafreundlich.

(Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Mit Ausnahme der Linken!)

Die Frage ist nur: Was führt zu einer dauerhaften Stabilisierung? Ist es richtig, wenn Krisen entstehen, laufend neue Mittel zur Verfügung zu stellen - ich frage dies auch vor dem Hintergrund, dass wir hier um jeden Euro im Haushalt kämpfen, während da gleichzeitig viele Milliarden zur Verfügung gestellt werden -, um dann bei der nächsten Finanzierungsrunde wieder in die Situation dessen zu kommen, der erpresst werden kann? Da sind einige Akteure in den Finanzmärkten sehr geschickt. Sie drohen, die Banken würden zusammenbrechen, wenn jetzt nicht der Steuerzahler einspringen würde. So werden von Runde zu Runde die stabilen Staaten in Europa erpresst, um das Schlimmste zu verhindern.

Ist es auf der anderen Seite nicht richtig, die Staaten, die in einer schwierigen Situation stecken, von Grund auf zu sanieren? Hilfe zur Selbsthilfe, das ist das, was angezeigt ist. Ein Staat, der seine Schulden wegen seiner mangelnden Wirtschaftskraft in den nächsten zehn Jahren nicht bedienen kann, wird um eine Umschuldung unter Einbeziehung der Gläubiger nicht herumkommen, die dann auf einen Teil ihres Darlehens verzichten müssen. Das ist der richtige Weg.

Dieser Weg ist ja nicht neu. Er ist insbesondere in Südamerika, in Argentinien, aber auch in Europa, in Polen, in Russland, in vielen Ländern über den Pariser Club besprochen worden. Das hat vorzüglich funktioniert, und das hat zu einer anschließenden dauerhaften Stabilisierung geführt. Ich warne davor, zu glauben, es bedürfe irgendeines Aktionismus; das wird jetzt in Europa diskutiert. Dabei geht es eigentlich nur darum, dass die Triple-A-Staaten in Europa - das sind Deutschland, Frankreich, Österreich, Niederlande, Luxemburg und Finnland - für die Schuldnerländer eintreten müssen, ohne dass es zu einer dauerhaften Sanierung kommt. Ganz im

Gegenteil: Gerade das löst den Moral Hazard aus. Die Regierungen sind dann nicht mehr veranlasst, eine solide Politik zu betreiben; denn sie können sagen: Die Defizite werden sowieso von den anderen ausgeglichen.

Wir müssen vielmehr an die Grundlagen gehen: Jeder Einzelstaat muss aus sich heraus saniert werden, und er muss natürlich Auflagen bekommen und Sanktionen angedroht bekommen, wenn er die Voraussetzungen nicht erfüllt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, diese Frage ist für die Zukunft von Europa von eminenter Bedeutung. Hier werden historische Entscheidungen getroffen, und sie dürfen nicht in die Richtung einer Transferunion gehen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)